

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Sozialausschusses am 10.05.2016
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Wohnungsnothilfe - Bericht der Caritassozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH	4
3 Ausbau der sozialpädagogischen Betreuung für Asylbewerber und die Beendigung der Vereinbarung mit dem Ehrenamt-Forum Meerbusch Vorlage: FB2/0413/2016	5
4 Weiterentwicklung der Integrationsstrukturen in Meerbusch Vorlage: FB2/0398/2016/1	6
4.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 3. Mai 2016 zum Beschlussvorschlag der Vorlage FB2/0398/2016/1 - Integrationsstrukturen Vorlage: FB2/0118/2016	10
5 Anträge	10
5.1 Antrag der SPD Fraktion vom 12. Januar 2016 auf Einrichtung eines "Runden Tisches" zur Erstellung eines Integrationskonzeptes Vorlage: FB2/0111/2016/1	10
6 Anfragen	11
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	11
8 Termin der nächsten Sitzung: 20. September 2016	11
9 Verschiedenes	11

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 4, Beschluss I, 19:10 Uhr und erneut ab TOP 6, 20.30 Uhr
-------------------------	--------------	---

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied	
Frau Nicole Joliet-Heising	Sachkundige Bürgerin	
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Helga Hermanns
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	anwesend bis 19.05 Uhr, TOP 3
Herr Peter Vossen	Sachkundiger Bürger	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied	
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Hans Günter Focken von TOP 4, Erörterung und Beschlussfassung II bis TOP 5, von 19.10 - 20.30 Uhr
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Frau Katja Schulz	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied	
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied	

von der UWG-Fraktion

Herr Lothar Keiser	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Josef Gather
--------------------	---------------------	-----------------------------------

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Gerd Dieter Hünseler
------------------	--------------	---

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié	Behindertenbeauftragter	
Herr Albert Güllmann	Seniorenbeirat	
Herr Wilfried Pahlke	Wohlfahrtsverbände	

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter	
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2	

Frau Beatrix Dreyer

Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten

Fachbereich 2

Gäste

Herr Dirk Jünger

CaritasSozialdienste Rhein-Kreis
Neuss GmbH

Frau Giasemina Müller-Baliktsi

CaritasSozialdienste Rhein-Kreis
Neuss GmbH

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünsele

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Frau Natalie Napp

Fraktion Aktive Bürger Meer-
busch - Die Aktiven

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzender Focken die Anwesenden sowie die Gäste und stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Anträge zur Tagesordnung erfolgen nicht. In diesem Zusammenhang informiert Ausschussvorsitzender Focken jedoch darüber, dass er sich zu TOP 4, Beschlussvorschlag II., befangen erklären werde. Er bittet daher sich unter seinem Vorsitz bei TOP 4 zunächst ausschließlich auf die Erörterung und Beschlussfassung zu Beschlussvorschlag I. zu beschränken.

Anschließend werden die Herren Lothar Keiser und Albert Güllmann durch Ausschussvorsitzenden Focken in ihr Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben als sachkundiger Bürger beziehungsweise beratendes Mitglied des Sozialausschusses verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Einwohner Dirk Thorand bittet um Auskunft, ob mit Schließung der Notunterkunft in Meerbusch-Strümp in den Turnhallen des Meerbusch-Gymnasiums zum 30.09.2016 auch die Beendigung der Mietkostenübernahme für die Lagerräume an der Poststraße verbunden sei. Ferner hinterfragt er, warum nach Auffassung der Verwaltung die Refinanzierung von 0,5 Stellen ausreichend für die Aufgabenerfüllung des Vereins sei.

Auch Einwohnerin Bettina Furchheim hinterfragt, ob die Mietkostenübernahme an die Notunterkunft gebunden sei. Sie hebt in diesem Zusammenhang die große Bedeutung und Unterstützung durch den Verein „Meerbusch hilft e.V.“ für das Begegnungszentrum der Diakonie am Pappkarton hervor. Das Konzept des Vereins sei überzeugend und zielführend, 1,5 Stellen würden für dessen Realisierung gebraucht.

Unter Bezugnahme auf die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 29.10.2016 stellt Erster Beigeordneter Maatz fest, dass die Mietkostenübernahme zwar aktuell im Hinblick auf den Betrieb und die Versorgung der Notunterkunft erfolge, der Zuschuss jedoch einvernehmlich als Geschäftskostenzuschuss für den Verein befürwortet worden sei. Sofern eine Änderung notwendig werde, müsse auch eine neue Entscheidung herbeigeführt werden.

Hinsichtlich der zweiten Fragestellung erläutert er, dass deren Beantwortung Teil der Aussprache zu TOP 4 sein werde.

2 Wohnungsnothilfe - Bericht der Caritassozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH

Für die CaritasSozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH informieren Abteilungsleiter Dirk Jünger und Giasemin Müller-Baliktsi ausführlich über die Arbeit der Wohnungsnothilfe in Meerbusch. Die Vortragsinhalte, insbesondere aktuelle Fallzahlen und Problemlagen sind der als Anlage beigefügten Präsentation zu entnehmen.

Die Nachfrage nach einer Unterstützung durch die Wohnungsnothilfe sei in den vergangenen Monaten sowohl wegen der stark steigenden Anzahl anerkannter Flüchtlinge wie auch im Hinblick auf die Zunahme an Räumungsklagen stark angestiegen.

Allein im ersten Quartal dieses Jahres wurde die Fallzahl des gesamten Vorjahres schon überschritten. Kausalitäten für den Anstieg der Räumungsklagen lassen sich vermuten, aber nur schwer belegen. So-

wohl die Begleitung der Flüchtlinge wie auch die Zunahme psychischer Problemlagen von sonstigen Klienten bedingen neben den originären Vermittlungstätigkeiten verstärkt ein sozialarbeiterisches Handeln. Die Wohnungsnothilfe gewinnt als verlässlicher Ansprechpartner für Mieter und Vermieter im Sinne einer nachhaltigen Arbeit der Beratungsstelle weiter an Bedeutung.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss wird die intensive Vernetzung und Kooperation mit anderen sozialen Diensten der Caritas und anderer Verbände wie aber auch mit den unterschiedlichen Fachbereichen der Stadt nochmals hervorgehoben. Auch die Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften werde weiter gepflegt und solle trotz der schwierigen Wohnungsmarktlage möglichst noch weiter ausgebaut werden. Als bezahlbarer Wohnraum würden seitens der Wohnungsnothilfe die angemessenen Kosten der Unterkunft laut des schlüssigen Konzeptes und der Richtlinien des Rhein-Kreises Neuss betrachtet, da die Klienten im Regelfall Sozialleistungen bezögen. Ein signifikanter Anstieg von älteren Menschen im Zusammenhang mit Wohnungsnotfällen könne bislang nicht festgestellt werden.

Auf Wunsch des Ausschusses soll im Sozialausschuss nach den Sommerferien erneut über die Fallzahlen berichtet werden. Die Caritas Sozialdienste bemühen sich für die Sitzung die Gründe für die kritischen Wohnsituationen transparenter zu machen.

3 Ausbau der sozialpädagogischen Betreuung für Asylbewerber und die Beendigung der Vereinbarung mit dem Ehrenamt-Forum Meerbusch **Vorlage: FB2/0413/2016**

Beschluss:

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung mit der Diakonie Meerbusch über die Betreuung einer Ehrenamtlerbörse, mit dem Namen „Ehrenamt-Forum Meerbusch“, zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf eine Förderung in Höhe von jährlich 3.000 € neu abzuschließen.
- II. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung mit der Diakonie Meerbusch über die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge, um eine weitere hälftige Vollzeitstelle (19,25 Std.) zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu erweitern.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend eines Schlüssels von 1:200, die sozialpädagogische Betreuung der in städtischen Einrichtungen und in sonstigen Unterkünften lebenden Flüchtlinge sukzessive sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

In Ergänzung zu der vorliegenden Beratungsvorlage der Verwaltung, informiert Erster Beigeordneter Maatz über den aktuellen Sachstand, der sich nach fristgerechter Zustellung der Vorlage ergeben habe. Der geschäftsführende Ausschuss der Diakonie habe sich im Rahmen einer Sitzung am Abend des Zustellungstages gegen die Aufgabe der hauptamtlichen Personalgestellung für die Durchführung des Ehrenamt-Forums entschieden. Infolgedessen hätte Herr Pfarrer Pahlke gemeinsam mit der Ausschussvorsitzenden Frau Quack um einen erneuten Gesprächstermin in der Sache ersucht.

In diesem Gespräch sei nochmals die Notwendigkeit verdeutlicht worden, im Falle erhöhter Anforderungen, finanzielle Kräfte der Stadt situativ dort einzusetzen, wo sie benötigt würden. Demzufolge habe man die Umwidmung der finanziellen Förderung des Ehrenamt-Forums für eine Stelle mit 19,25 Stunden

zu Gunsten einer solchen Stelle für die sozialpädagogische Betreuung für Flüchtlinge bei gleichzeitiger Fortführung des Ehrenamt-Forums auf ehrenamtlicher Basis vorgeschlagen.

Als Ergebnis des erneuten Austausches zwischen der Diakonie und der Stadt habe man sich schließlich auf einen Kompromiss einigen können, der zu folgender Beschlussempfehlung zu I. und II. anstelle des bisherigen Vorschlages führt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung mit der Diakonie Meerbusch über die Betreuung einer Ehrenamtlerbörse, mit dem Namen „Ehrenamt-Forum Meerbusch“, zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf eine Förderung in Höhe von jährlich 3.000 € neu abzuschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung mit der Diakonie Meerbusch über die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge, um eine weitere hälftige Vollzeitstelle (19,25 Std.) zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu erweitern.

Im Zusammenhang mit der Ausweitung der sozialpädagogischen Betreuung erläutert Erster Beigeordneter Maatz die diesbezügliche Beschlussempfehlung, die die Verwaltung als sogenannter Vorratsbeschluss in die Lage versetzen soll, nicht bei jeder notwendigen Ergänzung des Angebotes den Ausschuss beteiligen zu müssen. Seitens der Verwaltung werde ein Betreuungsschlüssel von 1:200, d.h. eine pädagogische Fachkraft für je 200 zu betreuende Flüchtlinge vorgeschlagen. Dieser Schlüssel habe sich in der Praxis bewährt und wäre auch besser als die Betreuungsschlüssel verschiedener anderer Kommunen.

Im Anschluss an die Ausführungen des Ersten Beigeordneten erinnert Herr Pfarrer Pahlke an die gemeinsam mit der Stadt und mit großer Euphorie durchgeführte Auftaktveranstaltung, mit der das Ehrenamt-Forum im Jahr 2007 ins Leben gerufen worden sei. Zwar könne die Prioritätensetzung der Stadt nachvollzogen werden, dennoch gäbe es aber nicht nur ehrenamtliche Unterstützung in der Flüchtlingshilfe, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Vor diesem Hintergrund beabsichtige die Diakonie, das Ehrenamt-Forum, allerdings mit reduzierter Stundenzahl, auf eigene Kosten weiterzuführen, um eine Koordinierung und Begleitung des Ehrenamtes über die Flüchtlingshilfe hinaus sicherzustellen. Das Ergebnis der heutigen Sitzung müsse jedoch zunächst in den geschäftsführenden Ausschuss getragen und auch personalrechtliche Belange bei den weiteren Entscheidungen berücksichtigt werden. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der neuen Vereinbarung für die sozialpädagogische Betreuung bittet Herr Pfarrer Pahlke um eine konkrete Darstellung der Aufgaben.

Seitens des Ausschusses wird Dank und Anerkennung für die bisherige Arbeit des Ehrenamt-Forums zum Ausdruck gebracht. Insbesondere das Angebot einer freiwilligen Fortführung wird sehr begrüßt.

Nicht nachvollziehbar findet die SPD Fraktion allerdings die Verknüpfung zwischen Aufgabe der Bezuschussung des Ehrenamt-Forums und gleichzeitige Ausweitung der sozialpädagogischen Betreuung durch eine anteilige Stelle bei der Diakonie. Herr Maatz verweist diesbezüglich auf rein arbeitsökonomische Erwägungen.

Anschließend stellt Ausschussvorsitzender Focken die drei Beschlussempfehlungen zu I. und II. in der ergänzten Fassung sowie III. gemeinsam zur Abstimmung.

4 Woltorentwicklung der Integrationsstrukturen in Moorbusch **Vorlage: FB2/0398/2016/1**

Vor Einstieg in die Erörterung zu Beschlussvorschlag I. verweist Vorsitzender Focken auf den diesbezüglich vorliegenden Änderungsantrag der SPD, der eine Erweiterung der Beschlussempfehlung hinsichtlich der Gründung einer Steuerungsgruppe vorsähe. Ferner besteht Einvernehmen, den unter TOP 5.1 vorlie-

genden Antrag der SPD Fraktion auch unter TOP 4, Beschlussvorschlag I, abzuhandeln.

Sowohl die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie auch die CDU Fraktion sehen eine hinreichende Steuerungsmöglichkeit durch eine Beteiligung der bereits vorhandenen Strukturen und insbesondere des zuständigen Fachausschusses für gegeben. Ergänzend dazu verweist Ratsherr Bertholdt auf den Integrationsrat, der aus seiner Sicht für das Thema Integration das vorrangig zuständige Gremium sei.

Ratsfrau Niegeloh bekräftigt die bereits in der letzten Sitzung seitens der SPD Fraktion zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit der Begleitung des Integrationsprozesses durch eine Steuerungsgruppe, um ein Konzept aus einem Guss zu entwickeln, an dem alle relevanten Akteure beteiligt seien. Dies sei als Zwischenschritt zur letztendlich politischen Beschlussfassung zu sehen. Ratsherr Becker betont auch nochmals die Bedeutung eines Feedbacks von allen Akteuren und insbesondere der Ehrenamtler bei der Konzeptentwicklung.

Erster Beigeordneter Maatz erinnert an die erste Verwaltungsvorlage zum Thema Integration für die Sitzung am 24.02.2016. Während damals auch die Verwaltung begrifflich noch vom Integrationskonzept und Steuerungsgruppe gesprochen habe, seien die Vorlagen zwischenzeitlich entsprechend den Erkenntnissen der vergangenen Sitzungen weiterentwickelt worden. Dabei sei auch eine Vermeidung der Koordinierung von Koordinatoren und der Wunsch nach flachen Hierarchien berücksichtigt worden. Zwecks einer frühzeitigen und kontinuierlichen Beteiligung des Sozialausschusses schlägt Erster Beigeordneter Maatz vor, zukünftig bei der Erstellung der Tagesordnung einen ständigen Tagesordnungspunkt zum Sachstand der Themas Integration aufzunehmen.

Unter Berücksichtigung der Rückmeldungen aus dem Ausschuss zieht Ratsfrau Niegeloh schließlich den Antrag zu TOP 5.1 sowie die Ergänzung zu der Beschlussempfehlung I. zurück.

Im Anschluss daran, stellt Ausschussvorsitzender Focken den Beschlussvorschlag I. zur Abstimmung.

Ratsfrau Pricken nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschlussvorschlag:

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, die städtischen Handlungsfelder für eine Integration in Meerbusch zu beschreiben und unter Berücksichtigung eines Konzeptes die Integrationsstrukturen in der Stadt weiterzuentwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sodann erklärt zunächst Ausschussvorsitzender Focken sich infolge seiner Vorstandstätigkeit für „Meerbusch hilft e.V.“ für die weitere Beratung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes für befähigt. Auch Ratsfrau Pricken erklärt ihre Befähigung im Zusammenhang mit Entscheidungen für den Verein „Meerbusch hilft e. V.“

Demzufolge leitet Ratsherr Parys als ältestes anwesendes Ratsmitglied die Wahl eines Vorsitzenden für die weitere Beratung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes ein. Ratsherr Bertholdt schlägt Ratsherrn Parys vor. Unter Leitung von Ratsfrau Abbing wird Ratsherr Parys als Vorsitzender einstimmig bei einer Enthaltung für die weitere Sitzungsleitung zu TOP 4 gewählt.

Anschließend erläutert Erster Beigeordneter Maatz, unter Bezugnahme auf den vorliegenden Antrag

und auf die Ausführungen des Vereins in der letzten Sitzung, die Beratungsvorlage der Verwaltung zu TOP 4, Beschlussvorschlag II.

Der Vorschlag sei entstanden unter Einbeziehung der unterschiedlichen Haltungen der beiden großen in Meerbusch aktiven Flüchtlingsinitiativen bezüglich notwendiger Ressourcenbereitstellungen und berücksichtige zudem auch die aktuelle Zuweisungssituation in Meerbusch. Auch die notwendige Übernahme von Aufgaben im Handlungsfeld Integration durch die Stadt selbst, wie schon in der Vorlage ausführlich beschrieben, und die dafür beabsichtigte Besetzung einer im Stellenplan ursprünglich für die Organisation der Notunterkünfte vorgesehenen Stelle, sei in die Überlegungen zu der Beschlussempfehlung einbezogen worden. Dabei sei der Verwaltungsvorschlag nicht konträr zu der positiven Arbeit des Vereins zu verstehen, sondern vielmehr das Resultat einer Abwägung von Maß und Mitte sowie der bisherigen Entwicklung im Hinblick auf die Vorbereitung einer mehrheitsfähigen Entscheidung.

Ratsherr Bertholdt hinterfragt, wie mit den Aufgaben verfahren werden solle, die im Falle einer Bezuschussung von lediglich einer halben Stelle nicht bearbeitet werden könnten. Mögliche Synergien müssten durch die Kommune herausgearbeitet werden.

Ratsfrau Niegeloh hebt ausführlich die Bedeutung und den Wert der Arbeit des Vereins hervor, der nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Bedürftigen in Meerbusch aktiv sei. Eine Mittelkürzung für den Verein bedeute gleichsam auch eine Kürzung von Leistungen für die Menschen in Meerbusch. Die SPD Fraktion erwarte, auch im Hinblick auf eine Reduzierung der Belastung der Ehrenamtler, dass dem Antrag des Vereins und somit auch dem Änderungsantrag der SPD vollumfänglich stattgegeben werde. Insbesondere verweist Ratsfrau Niegeloh auf die Einsparungen, die der Stadt infolge der Aktivitäten des Vereins im Zusammenhang mit der Versorgung der Flüchtlinge, insbesondere in den durch das Land refinanzierten Notunterkünften, schon entstanden seien.

Ratsherr Becker gibt zu bedenken, dass es sich bei dem Antrag des Vereins nicht lediglich um einen Wunsch handele, sondern um eine Finanzierung der für die Arbeit notwendigen Ressourcen. Die Fraktion DIE LINKE und Piraten würden daher dem Antrag der SPD Fraktion folgen. Auch die fehlende Planungssicherheit für den Verein müsse bei der Entscheidung berücksichtigt werden.

Ratsherr Wartchow bringt für die CDU Fraktion zum Ausdruck, dass man sich der wertvollen Arbeit, die der Verein leiste, durchaus bewusst sei. Die Bereicherung durch „Meerbusch hilft e.V.“ für die Flüchtlingshilfe sei unstrittig und die ehrenamtliche Hilfe müsse auch mit finanziellen Mitteln gestärkt werden. Dafür betrachte er die vorgesehenen 30.000 € vor dem Hintergrund der gegebenen Unwägbarkeiten als guten Start.

Sofern die vorhandenen Strukturen damit nicht gesichert werden könnten, müsste man erneut ins Gespräch kommen. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen schließt sich den Ausführungen der CDU Fraktion an. Ratsherr Fliege befürwortet ebenfalls eine neue Beratung, sofern nach zunächst weiterer Beobachtung der Entwicklung die Aufrechterhaltung der Strukturen eine Nachbewilligung erforderlich mache.

Ratsfrau Niederdellmann betont nochmals, dass der Verein überzeugend dargestellt habe, was bereits geleistet werde. Eine Kürzung der Zuschusshöhe bedeute auch eine Kürzung der Arbeit. Ferner sei die Bewältigung der Querschnittsaufgabe Integration in städtischer Zuständigkeit eine gänzlich andere als die Aufgabe des Vereins.

Sachkundiger Bürger Keiser gibt bezüglich des Antrages des Vereins zu bedenken, dass eine zeitliche Überschreitung von Leistungskapazitäten nicht mit Geld zu lösen sei. Ferner verweist er auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Regelung in der Vereinssatzung bezüglich des hauptamtlichen Einsatzes einer Geschäftsführung. Abschließend hinterfragt er, ob eine Auszahlung der beantragten Mittel an bereits ehrenamtlich tätige Mitarbeiter des Vereins beabsichtigt sei. Dies wird seitens der im Publikum anwesenden Vereinsmitglieder verneint.

Nach erfolgter Aussprache beantragt Ratsherr Becker um 20.10 Uhr eine Sitzungsunterbrechung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

Um 20.25 Uhr beendet Vorsitzender Parys die Sitzungsunterbrechung durch Wiederaufnahme der Beratungen.

Nach kurzer Aussprache stellt er zunächst den Änderungsantrag der SPD Fraktion zu TOP 4, II. zur Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

- II. Der Verein „Meerbusch hilft e.V.“ erhält für Zwecke der Flüchtlingshilfe, insbesondere in den Stadtteilen Osterath, Strümp, Bösinghoven sowie Lank-Latum und den Rheingemeinden einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 63.000 € jährlich. Die Verwaltung wird beauftragt eine entsprechende Vereinbarung mit dem Träger „Meerbusch hilft e.V.“ zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	5	11	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Im Hinblick auf eine Planungssicherheit bezüglich der anteilig für das Jahr 2016 zu gewährenden Projektmittel, wird der Verwaltungsvorschlag zu TOP 4, II., auf Antrag von Ratsherrn Wartchow, wie folgt ergänzt zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Der Verein „Meerbusch hilft e.V.“ erhält für Zwecke der Flüchtlingshilfe, insbesondere in den Stadtteilen Osterath, Strümp, Bösinghoven sowie Lank-Latum und den Rheingemeinden eine Projektmittelpauschale in Höhe von 30.000 € jährlich, dabei wird eine stadtweite Kooperation aller in der Flüchtlingshilfe aktiven Träger ausdrücklich gewünscht. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Träger „Meerbusch hilft e.V.“ zu schließen, *für den Zeitraum vom 01.07.2016 – 30.06.2017.*

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
DIE LINKE/Piraten			1
Gesamt:	11	3	2

Trotz verschiedener Hinweise aus dem Ausschuss, dass Anträge zur Tagesordnung eines Fachausschusses unter Einhaltung der entsprechenden Fristen jederzeit möglich sind, stellt Ratsherr Becker den Antrag auf Überprüfung der Auswirkungen des heute gefassten Beschlusses bezüglich der Projektförderung für „Meerbusch hilft e.V.“ im Rahmen der Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP	1	1	
Bündnis 90/Die Grünen			2
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	6	8	2

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 6 übernimmt Ausschussvorsitzender Focken erneut die Sitzungsleitung.

4.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 3. Mai 2016 zum Beschlussvorschlag der Vorlage FB2/0398/2016/1 - Integrationsstrukturen Vorlage: FB2/0118/2016

Siehe Wortprotokoll und Beschlussfassung zu TOP 4.

5 Anträge

5.1 Antrag der SPD Fraktion vom 12. Januar 2016 auf Einrichtung eines "Runden Tisches" zur Erstellung eines Integrationskonzeptes Vorlage: FB2/0111/2016/1

Siehe Wortprotokoll und Beschlussfassung zu TOP 4.

6 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es ist kein Bericht erforderlich.

8 Termin der nächsten Sitzung: 20. September 2016

9 Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 30. Mai 2016

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bernd Parys
Sitzungsleitung TOP 4
(Beratung / Beschluss II)

Bettina Scholten
Schriftführerin